



Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION BRANDENBURG

INHALT

Sparerpauschbetrag erhöhen

Die Inflation erfordert den Schutz der Sparer, die sofortige Erhöhung des Sparerpauschbetrages ist notwendig.

Seite 2

Zum Krieg in der Ukraine

Krieg und Kriegshetze müssen beendet werden. Waffenlieferungen und Sanktionen sind der falsche Weg.

Seite 3

Regional schlägt global

Wirtschaftsförderung darf nicht ideologisch motivierten Zielsetzungen dienen, sondern muss Brandenburg nützen.

Seite 5

Corona-Impfung

Wie viele Todesfälle sind auf die Corona-Impfung zurückzuführen? Obduktionen können Transparenz schaffen.

Seite 6

Untersuchungsausschuss BER

Über den Panneflughafen BER hat die ganze Welt gelacht. Der Untersuchungsausschuss hat viel Arbeit vor sich.

Seite 8

Rote Hilfe e.V. verbieten

Der Verein steht für eine der bedeutendsten Gruppierungen des Linksextremismus. Ein Verbot ist überfällig.

Seite 11



Quelle: Archiv

ENERGIE MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN!

Es gilt sowohl für den Kraftstoff an der Tankstelle als auch für die Energie in den eigenen vier Wänden: Die Preise steigen und machen das Leben für jeden Brandenburger teurer. Den Schuldigen hat die Regierungskoalition schnell ausgemacht: Putins Krieg in der Ukraine sei für die Preissteigerungen verantwortlich. Dabei gehören die Energiekosten in Deutschland schon lange zu den höchsten in Europa. Und dieses Preisniveau ist politisch gewollt, die Umstellung auf sogenannte erneuerbare Energien macht die Energie teuer. Die Energiewende ist ein Lieblingsprojekt der grünen Klimaideologie, das auf dem Rücken der Brandenburger verwirklicht werden soll. Was man dem Bürger dabei verschwiegen hat: „Erneuerbare Ener-

gien“ können keine unabhängige und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Versorgungssicherheit wird es nach dem Vollzug der „Energiewende“ nicht mehr geben, die ersten Vorzeichen dieser Versorgungskrise sind bereits spürbar. Die ideologisch motivierte Energiewende ist damit schon jetzt gescheitert. Langfristig muss daher die technologische Weiterentwicklung der Kernenergie in Brandenburg einen Ort finden. Kurzfristig kann nur unsere heimische Braunkohle die Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik nach dem Scheitern der „Energiewende“ ermöglichen, sodass hierzulande niemand frieren und Deutschland sich nicht in die Abhängigkeit des Auslands begeben muss.

Seite 2, 9 und 13



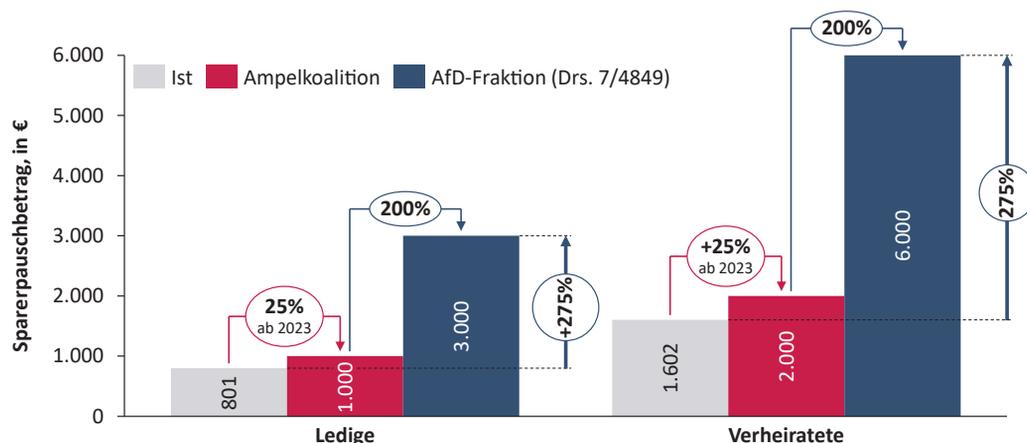
Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein:
www.afd-fraktion-brandenburg.de/newsletter

EIN HERZ FÜR SPARER – SPARERPAUSCHBETRAG ANHEBEN!

Die AfD-Fraktion hat in ihrem Antrag (Drs. 7/4849) die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur sofortigen Erhöhung des Sparerpauschbetrages auf den Weg zu bringen. Es ist nach unserer Auffassung mehr als höchste Zeit, den Sparerpauschbetrag anzuheben; auf einen Betrag, der eine spürbare Entlastung bringt. Unser Vorschlag lautet: für Ledige die Anhebung auf 3.000 Euro und für Verheiratete auf 6.000 Euro. Es sprechen mehrere Gründe für diesen längst überfälligen Schritt.

Wir haben eine sehr starke Inflation, jeder Bürger spürt das beim täglichen Einkauf, beim Tanken, bei den Energiekosten – Tendenz leider weiter steigend. Daher ist der Schutz der Sparer durch die spürbare Entlastung an dieser Stelle das Gebot der Stunde. Es gibt aber auch noch andere Aspekte, die für den Antrag sprechen. Hohe Inflation löst bei uns Deutschen durch die Erinnerung an die Hyperinflation des Jahres 1923 mit all ihren gesellschaftlichen Folgen immer noch Urängste aus.

Die Europäische Zentralbank müsste im Sinne ihres Auftrages, nämlich für Preisstabilität zu sorgen, längst zur Tat schreiten und das Zinsniveau Schritt für Schritt anpassen. Aus Rücksichtnahme auf die extrem verschulde-



ten Länder im Süden, wie z. B. Griechenland oder Italien, ist von dieser Stelle kein wirksames Gegensteuern zu erwarten – und deshalb ist hier der Nationalstaat gefragt, unverzüglich wirksame Mittel zum Schutz der Sparer zu ergreifen. Die Sparer, die mit Geldanlagen die dritte Säule zur Sicherung ihrer Alterseinkünfte aufbauen, oder die Inhaber familiengeführter Unternehmen, die ihre Alterseinkünfte privat durch Geldanlagen organisieren, verdienen uneingeschränkt den Schutz des Staates. Sie dürfen nicht weiter durch hohe Steuern und Abgaben geschröpft werden.

Im letzten Wahlkampf war viel von „Respekt“ gegenüber den Bürgern die Rede.

Die Ampelkoalition plant für das Jahr 2023 die Erhöhung des Sparerpauschbetrages für Ledige auf 1.000 Euro (jetzt 801 Euro) und für Verheiratete auf 2.000 Euro (jetzt 1.602 Euro). Ist das der Ausdruck von „Respekt“ gegenüber den Sparer?

Mit „Respekt“ und „Mehr Fortschritt wagen“, so das Versprechen der Ampelkoalition an die Bürger, soll Deutschland in eine gute und sichere Zukunft geführt werden. Was die Ampel für die Sparer plant, ist mut- und kraftlos und entspricht in keinsten Weise den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gegenwart. Respekt und Fortschritt müssen gelebt werden und dürfen nicht zu leeren Worthülsen im Wahlkampf verkommen.

Ein Blick auf die jüngere Geschichte unseres Landes zeigt, dass es diesen Respekt und die Anerkennung des Sparer schon einmal gab. Zwischen 1993 und 1999 lag der Sparerfreibetrag für Ledige bei 6.000 DM und für Verheiratete bei 12.000 DM. Die Absenkung auf 3.000 DM pro Person (fast eine Halbierung!) erfolgte im Jahr 2000 unter der rot-grünen Bundesregierung. Mit unserem Antrag, den wir im Januar 2022 in den Landtag Brandenburg eingebracht haben, würden wir lediglich das Niveau der Jahre 1993 bis 1999 wiederherstellen. Wir fordern die Landesregierung auf: Stellen Sie sich an die Seite der Sparer, zeigen Sie Respekt und starten Sie eine Bundesratsinitiative! Das wäre gelebter Respekt sowie eine auf fortschrittliche Nachhaltigkeit angelegte Politik.

Marianne Spring-Räumschüssel, Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen



Den Blauen Fritz kostenlos

vierteljährlich im Briefkasten – einfach unter

www.afd-fraktion-brandenburg.de/informationen/der-blaue-fritz/ anfordern!

KRIEG IN DER UKRAINE

Erklärung der AfD-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung der 64. Plenarsitzung am 24. Februar 2022

Vorab: Wir hätten es für angemessener gehalten, die Aussprache zu den Vorgängen in der Ukraine morgen in einer Sondersitzung zu führen. Deshalb haben wir uns bei der Änderung der Tagesordnung enthalten.

Heute äußern wir uns ohne wirklich genaue Kenntnisse über die Vorgänge in der Ukraine, aber so viel scheint doch sicher: Der Ukraine-Konflikt ist durch das Eingreifen russischer Truppen dramatisch eskaliert. Das verurteilen wir.

Wir verurteilen Gewaltanwendung; Krieg und Gewalt dürfen keine Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen sein. Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unterstützen auch wir.

Die Forderung der Stunde ist, die militärischen Operationen zu

beenden und Verhandlungen mit dem ernstesten Willen zu führen, zu einem Interessenausgleich zu kommen. Dass in der Ostukraine unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen, ist seit langem bekannt: die territoriale Integrität der Ukraine, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Sicherheitsinteressen Russlands. Eine gewaltfreie Lösung der damit verbundenen Probleme ist nur möglich, wenn die Belange aller Seiten gewürdigt werden.

Sanktionen halten wir für ungeeignet. Alle Sanktionen gegen Russland haben sich bis heute als wirkungslos erwiesen, und es ist nicht zu erwarten, dass das künftig anders wird. Wir appellieren an die Bundesregierung, im Ukraine-Konflikt endlich als Vermittler aufzutreten.

Positionspapier der AfD-Fraktion zum Krieg in der Ukraine vom 1. März 2022

1. Nachdrücklich appellieren wir, Verhandlungen zu führen und den Krieg zu beenden.
2. Wir sind gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, da Deutschland damit mittelbar zur Kriegspartei wird.
3. Wir sind gegen einen Beitritt der Ukraine zur EU oder gar zur NATO.
4. Wir wenden uns gegen Kriegshetze und Kriegspropaganda. Wir finden es unsäglich, dass der Chefdirigent der Münchner Philharmoniker aus seinem Amt entfernt wurde, nur weil er sich nicht von Putin distanziert hat. Das ist ein Bekenntniszwang wie in der chinesischen Kulturrevolution, der jegliche Verständigungswege abschneidet.
5. Wir lehnen Sanktionen gegen Russland ab, da diese vor allem die russische Bevölkerung treffen.
6. Die Ankündigung, die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro aufzurüsten, betrachten wir als Zahlensymbolik. Wir sind dafür, dass die Bundeswehr ausgerüstet und überhaupt erst einmal in den Stand versetzt wird, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Zweifel haben wir, ob diejenigen, die die Bundeswehr in diesen desolaten Zustand gebracht haben, geeignet sind, die Bundeswehr wiederaufzurichten. Wir sind dafür, dass die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zurückgenommen wird: Deutschland muss sich verteidigen können, das ist völlig klar!
7. Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, gilt die Hierarchie: Unterbringung im betroffenen Land selbst, Unterbringung in den Anrainerstaaten, erst dann, wenn das nicht möglich ist, Unterbringung in anderen Ländern, vielleicht auch in Deutschland. ABER: mit Grenzsicherung, mit Grenzkontrollen. Es war in der Presseberichterstattung nicht zu übersehen, dass auch Menschen aus dem arabischen Raum und aus Afrika als ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Polen gelangen – das kann nicht sein!
8. Was die Energiepolitik angeht, zeigt die Krise in der Ukraine ganz deutlich, wie verhängnisvoll die gescheiterte Energiewende ist. Deutschland braucht eine eigene Versorgungssicherheit. Das bedeutet ganz klipp und klar: Der Kohleausstieg 2030 ist völlig absurd und darf überhaupt nicht weiterverfolgt werden. Zudem ist Deutschland gut beraten, wieder in die Kernenergie einzusteigen.
9. Wir brauchen in Deutschland eine Politik, die endlich nationale deutsche Interessen vertritt. Nicht im Sinne eines Chauvinismus, sondern im Sinne von Brechts „Kinderhymne“: „Und nicht über und nicht unter / Andern Völkern wolln wir sein“ – so müssen wir unsere eigenen Interessen vertreten. Das ist auch eine Lehre aus den dramatischen Entwicklungen in der Ukraine.

*Dr. Hans-Christoph Berndt,
für die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg*



Quelle: Adobe Stock / nmann77

ROTLICHTBESTRAHLUNG IN BRANDENBURG BEENDEN

Warum der RBB das beste Argument gegen den Rundfunkbeitrag bleibt

In der bunten Republik Deutschland wird der hiesige Rundfunkapparat gern als stolzer Gegenpart zu staatlich kontrollierten Medien und unfreier Berichterstattung präsentiert, allen voran, wenn es darum geht, Staaten wie China oder Russland lautstark zu kritisieren.

Kritischen Bürgern kommt dabei unfreiwillig die Metapher vom Steinwurf im Glaskasten in den Sinn, insbesondere beim heuchlerischen Umgang unserer Presse mit oppositionellen Parteien und regierungskritischen Organisationen. Ein federführendes Negativbeispiel ist das unser RBB. So gab Thomas Dittmer von der landespolitischen Redaktion im Rahmen einer Interviewreihe ganz unverhohlen zu, dass die AfD kritischer betrachtet und „anders“ behandelt werde als die Altparteien. Begründet wird dieses Verhalten damit, dass der AfD aufgrund ihrer politischen Ausrichtung im Parteiensystem eine ganz besondere Rolle zukomme. Unbeeindruckt und mit etwas Zynismus lässt sich an dieser Stelle konstatieren, dass eine tendenziöse Berichterstattung offenbar zum Qualitätsmerkmal einer echten Oppositionspartei geworden ist.

Aber nicht nur der Umgang des RBB mit der AfD ist eines demokratischen Staates mehr als unwürdig. Auch bei der Berichterstattung über oppositionelle Protestbewegungen wird auf Ausgewogenheit verzichtet und mit zweierlei Maß gemessen. Während die Freitags-

schulschwänzer von „Fridays for Future“ eine universelle politische Narrenfreiheit besitzen und der Zweck im Klimawahn sämtliche Mittel heiligt, reichen friedliche Spaziergänge am Montagabend bereits aus, um als „Coronaleugner“, „Rechtsextremist“ oder „Antidemokrat“ gebrandmarkt zu werden (Drs. 7/4880).

Um dieser praktizierten Verlogenheit die Krone aufzusetzen, hat der RBB jüngst eine Erklärung herausgegeben, in der Impfkritiker pauschal für die Spaltung unserer Gesellschaft und den zunehmenden kritischen Umgang mit Pressevertretern verantwortlich gemacht werden. In der Mitteilung spart man nicht mit einseitigen Schuldzuschreibungen und unverhohlenen Diffamierungen und versucht, die friedlichen Spaziergänger mit einem durchgehend negativen Vokabular in eine Schublade zu drängen und zu stigmatisieren. Ohne jede kritische Selbstreflexion wird das Ursache-Wirkungs-Prinzip vollkommen ausgeblendet und das Misstrauen und die Distanz zu den Bürgern, die den üppigen Rundfunkapparat schließlich bezahlen dürfen, werden immer weiter vergrößert.

Ob es nun der richtige Weg ist, regierungs- und medienkritische Proteste mit einem peinlichen Pamphlet zu beantworten, darf bezweifelt werden. Stattdessen täte der RBB gut daran, seine vom Steuerzahler zwangsfinanzierten Aufgaben endlich ernst zu nehmen und seinem Informationsauftrag ausgewogen und ungefil-

tert nachzukommen. Eine solche Entwicklung würde wesentlich mehr zur Entspannung des politischen Klimas beitragen als die unsachliche Stimmungsmache gegenüber den vielen freiheitsliebenden Bürgern unseres Landes.

Abschließend kann man vom deutschen Rundfunk auch nicht behaupten, ideologiefrei zu arbeiten und keine eigene politische Agenda zu verfolgen. So gab die neue RBB-Intendantin Patricia Schlesinger im Herbst letzten Jahres stolz bekannt, den RBB „diverser“ gestalten und personell entsprechend aufstellen zu wollen. Man will künftig weg davon, die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft zu repräsentieren, sondern viel mehr auf alle möglichen gesellschaftlichen Randgruppen eingehen. Was das bedeutet? Noch mehr „Diversity-Propaganda“ im Programm und letztlich weniger Realitätsnähe und Glaubwürdigkeit.

Angesichts dieser Entwicklungen bleibt die Forderung, den überfinanzierten und realitätsfernen Rundfunkapparat von Grund auf zu reformieren, die Zwangsgebühren in der bisherigen Form abzuschaffen und damit die andauernde Rotlichtbestrahlung der Menschen in unserer Heimat endlich zu beenden (Drs. 6/5817).

*Andreas Kalbitz,
Medienpolitischer Sprecher*



REGIONAL SCHLÄGT GLOBAL – WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG MUSS BRANDENBURG HELFEN

Interview mit Steffen John,
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Blauer Fritz: Vor etwa 20 Jahren scheiterten in Brandenburg drei sogenannte Leuchtturmprojekte spektakulär: Die Betreibergesellschaften des Lausitzrings, von Cargolifter und der Chipfabrik in Frankfurt (Oder) gingen pleite. Da in den Projekten viele Millionen an Fördermitteln steckten, sorgte das für lang anhaltende Diskussionen über Sinn und Unsinn von staatlicher Wirtschaftsförderung. Wie steht die AfD-Fraktion zum Instrument der Wirtschaftsförderung?

Steffen John: Wenn man mit diesem Instrument die Stabilität und die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens stärken will, muss die Wirtschaftsförderung an konkrete Voraussetzungen geknüpft sein und darf nicht reinweg politisch motivierten bzw. ideologischen Zielsetzungen dienen. Die Umsetzung des sogenannten Green Deal der EU und die bundesdeutsche Realpolitik schwächen und benachteiligen die traditionellen Unternehmensstrukturen in Brandenburg, zum Beispiel bei den Vergaberichtlinien von Aufträgen.

Blauer Fritz: Über welche Summen reden wir, wenn es um die Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg geht? Wie viel Geld wurde 2021 verteilt und aus welchen Quellen stammte es?

Steffen John: Wir reden hier über Milliardenbeträge, die allerdings aus verschiedenen Fördertöpfen stammen. Beispielsweise wurde die Förderung des kapitalstarken US-Autobauers Tesla im Haushalt 2022 auf 120 Millionen Euro veranschlagt. Beim Batterieprojekt der BASF (Battery Materials Lausitz) sind „nur“ 8,9 Millionen Euro vorgesehen. Weitere allgemeine Mittel für Investitionen der Gemeinden zu „Klimawandel, Energieeffizienz und Stadtentwicklung“ in Höhe von 15 Millionen Euro – in den

Folgejahren werden daraus 170 Millionen – kommen aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) hinzu.

Blauer Fritz: Für die Verteilung der Gelder ist seit 2001 die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFFB) zuständig, die dem Land Brandenburg sowie den zuständigen Verbänden gehört. Wer entscheidet darüber, ob der Unternehmer für seine innovative Idee Fördergelder bekommt?

Steffen John: Die WFFB ist hier nicht nur zuständig, sondern nimmt auch eine Schlüsselrolle bei Vergabe, Bearbeitung und Genehmigung der Mittel ein. Der Brandenburger Wirtschaftsminister Prof. Dr. Steinbach ist Aufsichtsratsvorsitzender und prägt daher auch die wichtigsten Prozesse. Die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit von Projekten mit innovativen Ideen ist abhängig von der politischen Zielsetzung auf Bundesebene und durchläuft meist mehrere behördliche Instanzen. Eine Vertretung brandenburgischer Interessen bei der Förderung von global agierenden ausländischen Unternehmen kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nur partiell erkennen.

Blauer Fritz: Wenn es um Fördermittel geht, stehen medial immer die großen Vorhaben im Mittelpunkt der Berichterstattung. Jüngst sorgte die Ankündigung des Unternehmens Rock Tech, in Guben eine Lithium-Raffinerie zu errichten, für Aufsehen. Im gleichen Atemzug wurde die Aussicht auf staatliche Förderung erwähnt. Täuscht der Eindruck oder kommen Großprojekte leichter an eine Förderung?

Steffen John: Natürlich ist die Ansiedlung von Großprojekten für die Landesregierung reizvoll. Leider zeigt schon das Beispiel Tesla, dass eine schnelle Wirtschaftsförderung gar

nicht so einfach ist. Es bedurfte 19 Vorabgenehmigungen, um eine endgültige Genehmigung auszusprechen. Der Produktionsstart hat sich um etliche Monate verzögert. Nicht nur die deutsche Bürokratie hat daran Anteil, sondern auch Antragsänderungen des Unternehmens, unerfüllte Auflagen sowie Einwände von Anwohnern und Naturschutzverbänden. Bei Rock Tech handelt es sich um ein deutsch-kanadisches Unternehmen, welches in Guben eine Lithium-Raffinerie errichten möchte und in diesem Segment als Zulieferer für die E-Mobilitäts-Branche offensichtlich auf staatliche Förderung hofft. Rock Tech prüft zurzeit noch die Standortfrage, es gibt eine Absichtserklärung mit Rumänien. Dies ist zumindest ein Indiz, dass die industrielle Ansiedlung aufgrund der drastisch gestiegenen Energie- und Betriebskosten in Brandenburg ihren Reiz verloren hat. Die Bundesregierung muss hier gegensteuern und steuerliche Entlastungen auf den Weg bringen.

Blauer Fritz: Zumindest die Bürokratie wurde jüngst auch vom Wirtschaftsministerium als Problem erkannt. Experten sollen dazu Vorschläge erarbeiten, was nach einem langwierigen Prozess klingt. Gibt es keine Möglichkeiten, dort kurzfristig Abhilfe zu schaffen?

Steffen John: Die deutsche Bürokratie ist eine große Last. Nicht nur Unternehmen, sondern auch viele Bürger leiden darunter. Es ist immer gut, Entscheidungsebenen zu vereinfachen und leicht bedienbare Online-Serviceangebote zu installieren. Mit unserem AfD-Antrag „Regional schlägt global“ (Drs. 7/5058) wollen wir u. a. Angebote kommunaler und privater Anbieter auf einer Plattform zusammenführen. Im Bereich „Verwaltungsdienstleistungen“ wäre hier zum Beispiel die schnelle Umsetzung von Anträgen zur Wirtschaftsförderung online möglich.

TRANSPARENZ BEI COVID-IMPFFSTOFFEN SCHAFFEN

Obduktionsstudie an Medizinischer Hochschule Brandenburg starten

In Deutschland wurden bis Ende 2021 bundesweit 2255 Verdachtsfälle auf einen tödlichen Ausgang im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung gemeldet. Zuständig für die Impfstoffsicherheit und damit auch für die Meldungen ist das Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Bei 85 der Toten erkennt das Institut an, dass diese wahrscheinlich bzw. möglicherweise durch die Impfung starben. Eine erstaunlich hohe Zahl. Damit werden bei den neuartigen Covid-Impfstoffen zwanzigmal mehr Nebenwirkungen und mögliche Todesfälle gemeldet als bei den herkömmlichen, gut verträglichen Impfstoffen. Aus Brandenburg wurden dem Institut neun Verdachtsfälle gemeldet. Die Staatsanwaltschaften haben in unserem Bundesland sogar 38 Obduktionen aus diesem Grund angeordnet.

Doch das ist bei Weitem nicht alles, denn es gibt ein ernsthaftes statistisches Problem: Laut Infektionsschutzgesetz müssen Verdachtsfälle bei einer über das übliche Maß hinausgehenden Impfnebenwirkung zwar an das zuständige Gesundheitsamt gemeldet werden, das diese dann an die zuständige Landesbehörde und das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) übermittelt. Aber kaum jemand meldet Nebenwirkungen von Corona-Impfungen. Das ist zwar auch auf direktem Weg an das Paul-Ehrlich-Institut möglich, oft werden Nebenwirkungen aber gar nicht als solche erkannt. Daher bleiben sehr viele Fälle im Dunkeln. Mit der Folge, dass die Häufigkeit von Nebenwirkungen oder gar Todesfällen massiv unterschätzt wird.

Hier kann eine Obduktionsstudie für Transparenz sorgen. Führende Pathologen drängen auf mehr Obduktionen von Personen, die im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung gegen Covid-19 versterben. Denn die Häufigkeit tödlicher Impffolgen werde unterschätzt. „Geimpfte sterben meist nicht unter klinischer Beobachtung. Der leichenschauende Arzt stellt keinen Kontext mit der Impfung her und bescheinigt einen natürlichen Tod und der Patient

wird beerdigt“, stellt der ärztliche Direktor des Pathologischen Instituts am Universitätsklinikum Heidelberg, Peter Schirmacher, bereits im August 2021 fest. Der Pathologe obduzierte bereits mehr als 40 Personen, die innerhalb von zwei Wochen nach einer Impfung gestorben waren, und erkannte bei 30 bis 40 Prozent einen kausalen Zusammenhang zwischen Impfung und Todesfall. Also eine viel höhere Zahl, als das PEI meldet.

Das Land Baden-Württemberg hat bereits 1,8 Millionen Euro in die Covid-Obduktionsforschung investiert, u. a. auch in Bezug auf Todesfälle nach einer Impfung. Aber Brandenburg hinkt mal wieder hinterher. Anstatt die Forschungsinfrastruktur zu stärken und die Medizinische Hochschule Brandenburg zu beauftragen, mithilfe von Obduktionen, also inneren Leichenschauen, Zusammenhänge aufzudecken, über die sonst sprichwörtlich Gras gewachsen wäre, wurde ein entsprechender Antrag der AfD-Fraktion im Landtag (Drs. 7/5060) brüsk abgelehnt. „Mortui vivos docent“ – die Toten lehren die Lebenden. Bei uns gilt das anscheinend nicht.

Doch das ist nicht das einzige Problem: Anderthalb Jahre nach Beginn der Impfkampagne sind die Corona-Impfstoffe noch immer nicht ordentlich zugelassen. Weil wichtige Studien zur Wirksamkeit und Sicherheit fehlen. Stattdessen verlängerte die Europäische Arzneimittelbehörde stillschweigend die bedingte Zulassung der Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna um ein weiteres Jahr.

Bis heute ist nicht klar, was die Impfstoffe im Körper anrichten. Das mussten die Hersteller bei

der Zulassung auch gar nicht beantworten: Studien zur Wechselwirkung zwischen Impfstoff und Mensch (Pharmakokinetik) sind nämlich nicht vorgesehen. Aber gilt das für die neuartigen genbasierten Wirkstoffe? Experten sind über die fehlenden Studien irritiert. 2009 schob die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) kurz vor Ende der Legislaturperiode noch schnell eine Gesetzesänderung durchs Parlament. Dadurch wurden diese genbasierten Arzneimittel mal eben zu Impfstoffen erklärt. Die AfD hat das nicht vergessen und klare Forderungen aufgestellt: Wir brauchen endlich Transparenz in allen Corona-Angelegenheiten!

Dr. Daniela Oeynhaus



GEBT UNSEREN KINDERN ENDLICH IHR NORMALES LEBEN ZURÜCK!



Quelle: Adobe Stock / litlewolf 1989

Aktuell werden weltweit die Corona-Maßnahmen zurückgefahren – teils flächendeckend, teils vorsichtig und schrittweise. Das ist eine gute Nachricht, vor allem für Kinder und Jugendliche, die in den vergangenen zwei Jahren unter den Kontaktbeschränkungen und besonders unter den Kita- und Schulschließungen gelitten haben.

Die schlechte Nachricht ist: Brandenburger Kinder und Jugendliche gehen erneut leer aus. Kein Ende der Panikmache, kein Ende des unseligen Maskenzwangs, der Zutrittsverbote oder der Testpflicht an Kitas und Schulen. Im Gegenteil: Statt auch hier endlich spürbare Entlastungen einzuleiten, wie von der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg wiederholt gefordert, und die Kinder nach zwei Jahren endlich in Ruhe spielen, lernen und leben zu lassen, wurden die Anti-Covid-Maßnahmen sogar noch verschärft.

So müssen sich nun sogar Kindergartenkinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zweimal pro Woche testen lassen, um die Kita überhaupt betreten zu dürfen. Abgesehen von dem Stress- und Konfliktpotenzial, das zum wiederholten Male in die Familien hineingetragen wird, kostet diese Regelung den Steuerzahler allein bis zu den Osterferien 13,6 Millionen Euro. Denn bis zu 3,50 Euro pro Test werden hierfür ausgegeben, weil das Ministerium nach zwei Jahren sogenannter Pandemie nicht in der Lage war, die Tests zentral zu beschaffen. 13,6 Millionen Euro, von denen kein einziger Cent in die Sanierung von Kitas oder die Gewinnung neuer Erzieher fließt; 13,6 Millionen Euro für Tests, von denen nicht einmal das Brandenburger Gesundheitsministerium mit Gewissheit

sagen kann, ob diese für den Nachweis der milden, für Kinder gänzlich ungefährlichen Omikron-Variante überhaupt geeignet sind. Wir erleben eine Regierung, die sich aus politischen Geisterfahrern zusammensetzt.

Die Frage ist: Warum das Ganze? Warum die Verschärfungen entgegen dem weltweiten Trend? Wenn Kita-Erzieher doch damit zu Sachbearbeitern und Kontrolleuren degradiert werden, die sich mit einer ausufernden Testbürokratie herumschlagen müssen, statt kleine Kinder zu betreuen? Wenn wir bereits jetzt wissen, dass der Brandenburger Steuerzahler weitere Millionenbeträge berappen muss und dieses Geld an anderer Stelle – Stichwort: Qualitätsverbesserungen in den Kitas und die Befreiung der Eltern von Kita-Beiträgen – letztlich fehlen wird? Wenn genau dadurch Kinder weiterhin grundlos in Angst und Panik versetzt werden?

Warum das alles, wenn das Gesundheitsministerium den Erziehern in einem Papier zur Umsetzung der Testpflicht einschärft, man möge den Kleinen versichern, „dass sie nicht getestet werden, weil man glaubt, sie seien erkrankt“, obwohl genau das immer wieder behauptet wurde? Diese Aussage ist zwar zweifellos korrekt, aber angesichts der verschärften Maßnahmen doch vollkommen absurd und widersprüchlich. Oder, um es deutlich zu sagen: Das ist der Gipfel der Heuchelei.

Warum also das alles? Weil die – man möchte das Wort am liebsten vermeiden – politischen „Verantwortungsträger“ sich in ihrer Covid-Politik vollständig verrannt haben und nun nicht mehr wissen, wie sie aus dieser selbstverschuldeten Sackgasse wieder herauskommen sol-

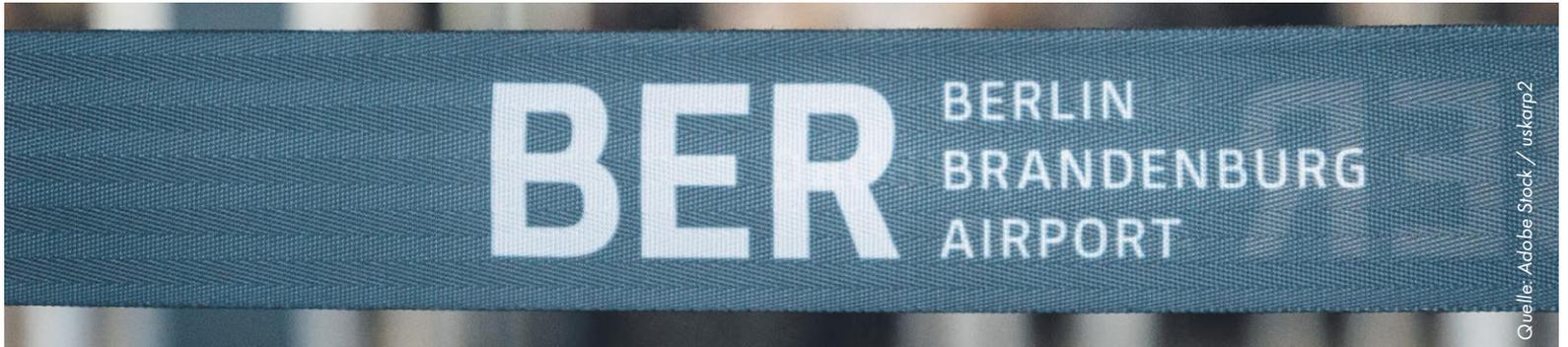
len. Deshalb wird so krampfhaft an den völlig widersinnigen Maßnahmen festgehalten. Ein Blick über den Brandenburger Tellerrand würde hier gewiss Abhilfe schaffen. Oder ist es Frau Bildungsministerin Ernst etwa entgangen, dass in Österreich die Maskenpflicht für Schüler im Klassenraum fiel und in der Schweiz gänzlich aufgehoben wurde, weil diese Maßnahme angesichts der derzeitigen Pandemielage „nicht mehr verhältnismäßig“ sei? Dass es spürbare Erleichterungen für Kinder und Jugendliche in Großbritannien und in zahlreichen US-Bundesstaaten gibt? Dass in den nordischen Ländern, wie etwa Dänemark, die Restriktionen an Schulen völlig zusammengestrichen wurden?

Nach zwei Jahren des permanenten Ausnahmezustands an unseren Kitas und Schulen ist es Zeit, endlich wieder Politik für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien zu machen, statt durch immer neue Verordnungen und Bestimmungen auf dem Rücken der Kleinen und Kleinsten Verunsicherung zu stiften und die Bildungs- und Zukunftschancen einer ganzen Generation ohne Not fortwährend infrage zu stellen.

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg wird sich auch in Zukunft, ob im Bildungsausschuss oder im Plenum des Landtags, für einen normalen Alltag für unsere Kinder und Jugendlichen einsetzen – ohne Test- und Maskenzwang, ohne Stigmatisierung und ohne Druck (Drs. 7/3203). Das sind wir den Leidtragenden dieser unverantwortlichen Regierungspolitik schuldig.

*Volker Nothing, Jugendpolitischer Sprecher
Dennis Hohloch, Bildungspolitischer Sprecher*

DIE AfD-FRAKTION IM LANDTAG BRANDENBURG DECKT AUF – UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS BER IST EINGESETZT!



„Was lange währt, wird endlich gut“, lautet ein altes Sprichwort, das nur leider auf den Hauptstadtflughafen BER überhaupt nicht zutrifft. Sechs verschobene Eröffnungen lassen zumindest erahnen, was da alles schiefgelaufen ist. Immer wieder gab es in der Vergangenheit Zeitungsberichte über die Skandale am BER, die unser Land Brandenburg zum Gespött in der ganzen Welt machten. Als wenn dies nicht ausreichen würde, macht der Flughafen BER auch nach seiner Eröffnung durch Pannen und Pleiten Schlagzeilen. Man sollte doch eigentlich meinen, dass nach so einer Bauzeit, die nicht die ursprünglich geplanten fünf Jahre in Anspruch nahm, sondern 14 Jahre, und nach sieben Milliarden Euro Baukosten, statt der veranschlagten zwei Milliarden, endlich Ruhe einkehren müsste – aber weit gefehlt.

Noch immer werden jedes Jahr weitere Finanzspritzen vom Landtag in dreistelliger Millionenhöhe freigegeben, um diesen Flughafen am Leben zu erhalten. Waren es vorher die Baupannen, so ist heute Corona an den Finanzlöchern schuld, weniger die Krankheit selbst als die daraus resultierenden niedrigen Fluggastzahlen. So zumindest verkauft es die Flughafengesellschaft nach außen. Allerdings hatte die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg bereits 2012 bei dem Flughafen-Experten Dieter Faulenbach da Costa ein Gutachten in Auftrag gegeben, das schon damals die Unwirtschaftlichkeit prognostizierte.

Als die AfD-Fraktion den Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses in den Landtag (Drs. 7/4948) einbrachte, hieß es vonseiten aller anderen Fraktionen, „den Untersuchungsausschuss brauchen wir nicht, er ist zu teuer, wir verschwenden damit eine Million Euro an Steuergeldern, es gab schon in Berlin Untersuchungsausschüsse zu dem Thema“. Viele Argumente mehr wurden vorgebracht, um den Untersuchungsausschuss zu verhindern.

Die SPD, die in der gesamten Planungs- und Bauzeit in Brandenburg die Regierung geführt hatte, war sogar so dreist, uns aufzufordern, den Antrag zurückzuziehen.

Da das Land Brandenburg als Mitgesellschafter bereits seit der ersten Planungsphase, der Standortentscheidung und der Finanzierung zum nicht unerheblichen Teil Entscheidungen gefällt hatte, die zu den bekannten Mängeln des Flughafenbaus am Standort Schönefeld führten, soll in diesem Untersuchungsausschuss der Flughafenbau von der ersten Planungsphase bis zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses untersucht werden. Unter anderem sollen dabei die Festlegung der Schallschutzzonen und die Flugroutenplanung untersucht werden. Genauso wie die Folgen der geplatzten Eröffnungen, die Managerhaftungen und natürlich die diversen, auch heute noch existierenden Baumängel.

Die berechtigte Frage des Lesers lautet an dieser Stelle: Warum erst jetzt? Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erfordert intensives Aktenstudium eines Vorgangs, der sich über mehr als zwei Jahrzehnte hinzog. Fast ein Dreivierteljahr lang haben mehrere Abgeordnete der AfD-Fraktion die Akten aus vier Untersuchungsausschüssen gelesen, über 800 Kleine Anfragen herausgesucht und die Antworten auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft, Hunderte Zeitungsartikel aus der Vergangenheit zusammengetragen, alles miteinander verglichen und aus den daraus resultierenden Fragen einen Katalog von 167 themenbezogenen Fragen zusammengestellt. Die Vorbereitungen für solch einen Untersuchungsausschuss sind umfangreich und zeitintensiv. Die schwerste Arbeit jedoch liegt noch vor uns.

Erstaunlicherweise wurden diesmal alle unsere Wahlvorschläge bestätigt – oder vielmehr mittels Enthaltung aller anderen Fraktionen

durch unsere Abgeordneten gewählt. Das sind im Einzelnen: Kathleen Muxel, Felix Teichner und Daniel Freiherr von Lützow als ordentliche Mitglieder sowie Lars Günther und Peter Drenke als stellvertretende Mitglieder des Ausschusses. Des Weiteren wurde ebenfalls unser Wahlvorschlag für den Ausschussvorsitzenden durch die Enthaltung der anderen Fraktionen angenommen. Somit ist Birgit Bessin die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses.

Als Leiter der Arbeitsgruppe und Obmann wurde mit mir jemand aus Blankenfelde-Mahlow gewählt, also jemand, der mit diesem Bau von Anfang an als Anwohner zu tun hatte und sich seit 2014 auch in der dortigen Gemeindevertretung mit diesen Problemen beschäftigt.

Wir sind zuversichtlich, endlich Licht in das Dunkel des Flughafen-Desasters bringen zu können und somit vielen Menschen der Region endlich Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Das Ziel dieses Untersuchungsausschusses ist es, alles offenzulegen – nicht nur, um daraus zu lernen, sondern auch, um im Anschluss nachzubessern, wo Versäumnisse zutage treten, wie beispielsweise beim Nachtschutz und auch bei den Tagschutzzonen gegen den Fluglärm.

Wir werden regelmäßig vom Ausschuss berichten: über diese Zeitung, über Telegram, Facebook und andere Social-Media-Kanäle der Fraktion.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, können Sie diese direkt über daniel.freiherr-von-luetzow@afd-fraktion.brandenburg.de an uns senden.

*Daniel Freiherr von Lützow,
Kommunalpolitischer Sprecher und Obmann
der AfD-Fraktion im UA BER*



Quelle: Archiv

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER VORSTÄNDE DER AfD-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN UND DER AfD-FRAKTION IM LANDTAG BRANDENBURG

Der Blick in die Geschichte und auf die Landkarte zeigt: Berlin und Brandenburg gehören in vielerlei Hinsicht zusammen. Über sechs Millionen Menschen leben heute im ehemaligen preußischen Kernland. Hunderttausende Brandenburger pendeln täglich nach Berlin zur Arbeit, viele Berliner suchen in der Mark Brandenburg Erholung oder ein neues Zuhause. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände dieser Menschen ist das gemeinsame Ziel der Landtagsfraktionen der AfD in Berlin und Brandenburg.

Brandenburg und Berlin sind mehr als eine Region, bestehend aus Hauptstadt und Speckgürtel. Wir fordern daher eine Abkehr vom achsenförmigen Entwicklungsmodell der sogenannten Hauptstadtregion, hin zu einer mehrkernigen, föderativen Entwicklung, die den verschiedenen Regionen gerecht wird.

Der Zustand von Straßen, Schienen und Flughafen ist ein bestimmender Faktor für die Entwicklung unserer Region. Damit Berliner schneller nach Brandenburg und Brandenburger schneller nach Berlin kommen, wollen wir die Straßen- und S-Bahnverbindungen ausbauen. Ein wichtiges Projekt hierfür ist der zügige Bau der Stammbahn zwischen Zehlendorf und Potsdam. Der Flughafen Berlin-Brandenburg muss an das Berliner U-Bahnnetz

angeschlossen werden. Zur finanziellen Entlastung der Bürger fordern wir die Abschaffung des erhöhten Fahrkartenpreises für den Tarifbereich C.

Wir wollen, dass die Bürger in Berlin und Brandenburg wieder sicher sind. Aufgrund falsch verstandener Toleranz, einer über Jahre kaputt gesparten Polizei und einer linksgrünen Kuscheljustiz ist Berlin Deutschlands Kriminalitätshauptstadt. Kriminelle Großfamilien beherrschen ganze Stadtteile und breiten sich zunehmend auch in Brandenburg aus. Durch eine länderübergreifende Polizeiarbeit, u. a. durch einen gemeinsamen Datenpool von Polizei und Staatsanwaltschaften, wollen wir das Gewaltmonopol des Staates wiederherstellen und die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Auch grenzüberschreitende Kriminalität, die vor allem beim Diebstahl von Fahrzeugen und Landmaschinen eine Rolle spielt, soll durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit polnischen Strafverfolgungsbehörden verhindert werden.

Mit Blick auf eine umwelt- und tierfreundlichere Landwirtschaft ist es sinnvoll, die Region in weit stärkerem Maße mit Produkten aus Brandenburg zu versorgen. Regionale Produktions- und Handelssysteme sind hierfür unabdingbar. Die Regionalisierung der Schulspeisung wäre eine naheliegende Möglichkeit, diesen Ansatz kurzfristig umzusetzen.

Infolge der fehlgeleiteten Energiewende zahlen wir Deutschen mittlerweile die höchsten Strompreise weltweit – bei abnehmender Versorgungssicherheit. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Nutzung der Braunkohle so lange fortsetzen, bis in ausreichendem Maß bezahlbare und zuverlässige Alternativen verfügbar sind. Den Ausbau von Windkraftanlagen wollen wir stoppen; Brandenburg darf nicht der Windkraftpark Berlins sein.

Weil wir die Bürger entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft fördern wollen, lehnen wir den bisherigen energiepolitischen Sonderweg der Altparteien ab. Wir teilen die Einschätzung der Europäischen Union, wonach eine emissionsfreie Energieversorgung nur mithilfe moderner Kerntechnologie sichergestellt werden kann. An Berliner und Brandenburger Universitäten sowie am Helmholtz-Zentrum für Materialien und Energie forschen weltweit anerkannte Wissenschaftler an einer sicheren Generation von Reaktoren. Wir wollen dieses gewaltige Potenzial nutzen und ein universitäres Exzellenzcluster für umweltfreundliche Kernenergie einrichten. Mit sauberer und kostengünstiger Energie wollen wir Berlin-Brandenburg zu einer international wettbewerbsfähigen Region machen.

Potsdam, den 21. März 2022



„VERSAMMLUNGSFREIHEIT IST IN DER DEMOKRATIE EINES DER HÖCHSTEN GÜTER“

Interview mit Lena Kotré, Innenpolitische Sprecherin

Blauer Fritz: In den letzten Monaten ließ sich in Deutschland und Brandenburg ein merkwürdiges Phänomen beobachten: Hunderttausende Bürger gehen am Montagabend in ihren Städten spazieren, um damit ein Zeichen gegen den Impfwang zu setzen. Warum melden die Leute nicht einfach eine Demonstration an?

Lena Kotré: Es ist ganz klar zu unterscheiden zwischen anmeldepflichtigen Versammlungen und losen Spaziergängen. So haben in einigen Städten wie Cottbus oder auch Potsdam verschiedene angemeldete Demonstrationen stattgefunden, und nach Beendigung der einen Versammlung sind die Bürger zu Fuß zu der anderen, angemeldeten Versammlung gegangen. Es kam auch vor, dass viele Bürger einfach zur gleichen Zeit am gleichen Ort im Rahmen eines Spaziergangs unterwegs waren.

Blauer Fritz: Die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit dient der politischen Teilhabe der Bürger, wodurch sich Demokratien von Diktaturen unterscheiden. Mit welcher Begründung wurde dieses Grundrecht eingeschränkt?

Lena Kotré: In Brandenburg wurde die Zahl der Versammlungsteilnehmer unter dem Deckmantel des Corona-Infektionsschutzes auf 1.000 beschränkt. Zu Beginn der Corona-Situation im Jahr 2020 wurden sogar Demonstrationen gänzlich verboten. Dagegen haben wir als AfD-Fraktion vor dem Landesverfassungsgericht jedoch erfolgreich geklagt und die Demonstrationen wiederherstellen können. Aber trotzdem wurde durch die Landesregierung immer weiter – und dies insbesondere auch bei den Spaziergängen – der Corona-Infektionsschutz als Begründung für die Einschränkungen herangezogen.

Blauer Fritz: Ist diese Begründung aus Ihrer Sicht tragfähig, oder lohnt es sich, weiter dagegen juristisch vorzugehen?

Lena Kotré: Der angebliche Corona-Infektionsschutz ist meines Erachtens keine legitime Begründung, da im Freien schon gar keine Gefahr besteht. Jeder betroffene Bürger sollte sich juristisch gegen aus seiner Sicht ungerechtfertigte Maßnahmen wehren, gegen Bußgeldbescheide Einspruch oder bei Verwaltungsentscheidungen wie Versammlungsverboten Widerspruch einlegen und gegebenenfalls einstweiligen Rechtsschutz vor dem Verwaltungsgericht geltend machen.

Blauer Fritz: Für den Bürger, der an so einem Spaziergang teilnimmt, stellt sich die Frage, wie er sich gegenüber staatlichen Zwangsmaßnahmen verhält? Gibt es eine goldene Regel, an der man sich orientieren kann?

Lena Kotré: Wichtig ist besonnenes und vorausschauendes Handeln. Jede Maßnahme sollte zu Beweissicherungszwecken dokumentiert, das heißt im Idealfall mit dem Handy gefilmt werden. Denn in einem möglicherweise dann stattfindenden Verfahren kann sich der entscheidende Richter so ein Bild des tatsächlichen Geschehens machen und ist nicht nur auf Zeugenaussagen angewiesen.

Blauer Fritz: Obwohl selbst der Verfassungsschutz festgestellt hat, dass es nur ganz wenige Übergriffe auf Polizisten gegeben haben soll, behauptete Bundespräsident Steinmeier, der Spaziergang habe seine „Unschuld verloren“, was sich Rahmen seiner sonstigen Äußerungen zu dem Thema so verstehen lässt, dass jeder Spaziergänger zumindest im Verdacht steht, ein

Gewalttäter zu sein. Warum schließt man hier mit Kanonen auf Spatzen?

Lena Kotré: Das frage ich mich auch. Wie kann ein zur Neutralität verpflichteter Repräsentant unseres Staates solche Äußerungen mit seinem Gewissen und seinem Amt vereinbaren? Die Versammlungsfreiheit ist in der Demokratie eines der höchsten Güter. Ein ehemaliger Bundespräsident, Gustav Heinemann, hat Folgendes gesagt, was ich vollumfänglich teile: „Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.“

Blauer Fritz: Nicht zuletzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat viel zur Stimmungsmache gegen die Spaziergänger beigetragen. Wer ist dafür verantwortlich, dass man dort vergeblich nach „umfassender und ausgewogener“ Information sucht?

Lena Kotré: Die „etablierten“ Parteien haben den zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu einem sogenannten Staatsfunk umfunktioniert, der seinem Auftrag einer neutralen und objektiven Berichterstattung im Rahmen einer „Grundversorgung“ nicht mehr nachkommt. Es gibt dort keine regierungskritischen Beiträge, weil es an der notwendigen journalistischen Unabhängigkeit, aber auch an einer ausgewogenen, gründlichen Recherche samt entsprechender Berichterstattung mangelt.

VEREIN ROTE HILFE E. V. VERBIETEN!

Bei der Roten Hilfe e.V. handelt es sich um eine stark wachsende Unterstützungsorganisation, die linken Straftätern juristisch und finanziell zur Seite steht. Problematisch dabei ist, dass dieser Verein mittlerweile einen zentralen Bestandteil der linksextremistischen Szene darstellt. Die Rote Hilfe definiert sich in ihrer Satzung als parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, die ihre juristischen Unterstützungsangebote unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung anbietet. Voraussetzung ist allerdings, dass die Straftäter, die unterstützt werden wollen, jedwede Kooperation mit deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden unterlassen. Vor diesem Hintergrund gewährt der Verein auch gewaltbereiten Linksextremisten finanzielle und juristische Hilfe, wenn sie politisch motivierte Straftaten begangen haben.

Die Strafverfolgung durch die Sicherheitsbehörden wird von der Roten Hilfe als staatliche Repression diffamiert, um Deutschland als Unrechtsstaat darstellen zu können. Infolgedessen ist die Rote Hilfe als gewaltrechtfertigend und -unterstützend zu bewerten. Die von der Strafverfolgung betroffenen „Aktivisten“ werden durch die Vermittlung von Anwälten sowie durch die Kostenübernahme von Gerichtsgebühren und sogar von verhängten Geldstrafen massiv entlastet. Das Ziel der Roten Hilfe ist dabei eindeutig nicht die Resozialisierung linker Straftäter. Vielmehr soll die Unterstützung sicherstellen, dass sich die Betroffenen auch nach den Strafverfahren weiterhin am Kampf gegen diesen Staat zu beteiligen.

Die Zeitung *Die Welt* berichtete in ihrer Ausgabe vom 13. Dezember 2018 unter dem Titel

„SPD-Jugend steht an der Seite der linksradikalen Roten Hilfe“, dass sich der Verein Rote Hilfe im Jahr 2016 in seiner Mitgliederzeitung offen mit



Quelle: Archiv

der RAF-Terrororganisation solidarisiert habe und ebenso offen Sympathie für flüchtige RAF-Terroristen bekundete. Eine klare Distanzierung von der RAF blieb bis heute aus. Auf Bundesebene ließ die CDU daher unter Führung des Bundestagsabgeordneten Armin Schuster ein Vereinsverbot der Roten Hilfe prüfen.

In den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird immer wieder konstatiert, dass die Rote Hilfe stark wachse und sich die Mitgliederzahlen seit 2016 bis 2020 auf fast 11000 registrierte Anhänger verdoppelt hätten. Aufgrund der hohen Zahl an Mitgliedern, die alle Beiträge zahlen, und der Zuwendung von vielen steuerbegünstigten Spenden ist die Rote Hilfe zu einer der bedeutendsten Gruppierungen im linksextremistischen Aktionsfeld geworden. Auch im Land Brandenburg, wo die Verfassungsschutzbehörden seit 1997 über die Rote Hilfe berichten, werden derzeit 360 Mitglieder gezählt – Tendenz steigend.

Am 13. Januar 2022 gab der Behördenleiter des Verfassungsschutzes Brandenburg, Jörg Müller, in einem Interview mit der *Märkischen Oderzeitung* an, dass der Verein Rote Hilfe e.V. schon vor Jahren hätte verboten werden müssen. Geschehen ist bislang nichts. Aufgrund der immer stärkeren bundesweiten Vernetzung und Einflussnahme auf politische Akteure – insbesondere in den links-rot-grünen Parteien – haben wir als AfD-Landtagsfraktion Brandenburg einen Antrag (Drs. 7/5064) gestellt, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung für ein bundesweites Verbotverfahren einzusetzen. Auch auf Landesebene soll ein rechtssicheres Verbot der im Land Brandenburg ansässigen Orts- und Regionalgruppen geprüft und – wenn möglich – ein Verbot herbeigeführt werden.

*Wilko Möller,
Sicherheitspolitischer Sprecher*



LINKER EXTREMISMUS IN BRANDENBURG

Brennende Autos, eingeschlagene Fenster und körperliche Angriffe sind in Deutschland längst keine Seltenheit mehr. Linksextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft, ganz besonders in Brandenburg.

Wir zeigen Strukturen und Vernetzungen auf und weisen nach, welche linken Gruppen mit Steuergeldern ausgestattet werden. Wir beenden die Verharmlosung des linken Extremismus in Brandenburg.

Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über www.linksextremismus-brandenburg.de/broschuere-bestellen/

SANKTIONIEREN VON STEUERVERSCHWENDUNG STATT STEUERPRANGER

Mit dem Antrag „Steuergeldverschwendung – ein Straftatbestand“ (Drs. 7/4246) erfüllt die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg ein Wahlversprechen.



Quelle: Adobe Stock / photoschmidt

Jahr für Jahr veröffentlicht der Bund der Steuerzahler e.V. in seinem Schwarzbuch *Die öffentliche Verschwendung* die gravierendsten Fälle von Steuergeldverschwendung. Ergänzt und bestätigt wird das jährliche Schwarzbuch durch die vielen Rechnungshofberichte. Das sind mahnende Worte an uns, die aktiven Politiker, sowie an die öffentliche Verwaltung.

Im Bundestagswahlkampf 2021 wurde vom linken Spektrum der Eindruck erweckt, wir hätten ein Einnahmeproblem. Immer und immer wieder kommt die gleichlautende Begründung: Es fehlt Geld für die Bildung, die Infrastruktur, die Rente. Wer könnte bei diesen Themenfeldern schon Nein sagen – alles lobenswerte und wichtige Vorhaben! Es lohnt jedoch ein Blick in die Vergangenheit. Denn mit genau diesen Begründungen wurde z. B. im Jahr 2006 die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent beschlossen.

Auch das Land Brandenburg drehte kräftig an der Steuerschraube und erhöhte die Grunderwerbssteuer in zwei Schritten: Bis 31. Dezember 2010 galt ein Steuersatz in Höhe von 3,5 Prozent, vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2015 betrug der Steuersatz fünf Prozent und seit 1. Juli 2015 gilt ein Steuersatz in Höhe von 6,5 Prozent. Leider gehört das Land Brandenburg damit zu den Spitzenreitern. Sachsen und Bayern sind bei dem bürger- und gewerbefreundlichen Grunderwerbssteuerbetrag in Höhe von 3,5 Prozent geblieben. Trotz diverser Steuererhöhungen bleiben die Probleme der Unterfinanzierung auf vielen Politikfeldern.

Es lohnt sich daher, genauer hinzusehen: Wo versickert Geld? Wo war das Handeln nicht geprägt von den Tugenden der schwäbischen Hausfrau? Die Hitliste der Steuerverschwendung hat über Jahre unser Land Brandenburg mit dem BER angeführt – und die dunklen Wolken am Horizont signalisieren: Das Vorhaben wird für die drei Gesellschafter zu einem Fass ohne Boden. Zur Erinnerung: Der BER war ursprünglich mit circa zwei Milliarden Euro geplant. Stand jetzt wurden bereits über sieben Milliarden Euro benötigt, davon immer ein Drittel zu Lasten des Landes Brandenburg.

Ein weiteres Beispiel gefällig? Um das Prestigeobjekt des Ministerpräsidenten Woidke, die ungeliebte Kreisgebietsreform, den Brandenburgern schmackhaft zu machen, wurden landauf und landab Bürgerdialoge durchgeführt – Kostenpunkt 160.000 Euro. Das Ende ist bekannt: Das Projekt wurde sang- und klanglos auf einem Parkplatz in der Prignitz beerdigt. Die Liste der Steuerverschwendungen ist noch viel länger – zu lang!

Versteckt werden gern die ausufernden Kosten der verfehlten Flüchtlings- und Migrationspolitik von bundesweit jährlich mindestens 50 Milliarden Euro, Tendenz steigend! Was für eine unfassbare Last für den Steuerzahler. Der sogenannte Steuerzahlergedenktag, der Tag, an dem der Bürger endlich für die eigene Tasche arbeitet und nicht für den Staat, ist inzwischen der 13. Juli des Jahres. Deutschland hat eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast, wir sind auf diesem Feld nicht mehr wettbewerbsfähig.

Statt aber gegenzusteuern und Steuerverschwendung zu sanktionieren, fordern die Grünen den digitalen Steuerpranger. Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der viele Bürger inzwischen ein Unbehagen in Sachen Meinungsfreiheit spüren? Mit dem geplanten Steuerpranger wird Deutschland, und auch unser schönes Brandenburg, noch weiter gespalten. Es gedeiht eine Kultur des Misstrauens und der Bespitzelung.

So ein gesellschaftliches Klima darf niemals Realität werden – wehret den Anfängen! Deshalb plädiert die AfD-Fraktion für eine Bundesratsinitiative, um den Straftatbestand der Steuerverschwendung einzuführen. Steuerverkürzung wird in unserem Land hart bestraft, die Steuerverschwendung schulterzuckend als Kavaliersdelikt zur Kenntnis genommen. Wo bleibt die Gerechtigkeit – wo die Waffengleichheit? Steuermittel müssen nach unserer Auffassung sparsam und den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechend eingesetzt werden. Sie sollen und müssen den Wirtschaftsstandort Deutschland und in unserem Falle Brandenburg stärken, damit unsere Zukunft gesichert wird. Die Schaffung gesetzlicher Regelungen für das Sanktionieren von Steuergeldverschwendung ist daher notwendig. Es wäre das richtige Signal an die Steuerzahler – wir haben verstanden!

*Marianne Spring-Räumschüssel,
Vorsitzende des Haushaltsausschusses*



Zum Jahreswechsel gab es viel künstliche Aufregung: Die Europäische Kommission erklärte in ihrer „Weisheit“ die Kernenergie für förderungswürdig. Es heißt, diese sei so unverzichtbar, dass sie eine Rolle beim grünen Umbau der kontinentalen Energieversorgung spielen müsse. Grundlage dieser überraschenden Bewertung ist einerseits die angestrebte CO₂-Neutralität, andererseits die Ausweglosigkeit der Energiewende.

Die AfD-Fraktion sieht die fatalen Hintergründe dieser generell richtigen Entscheidung und die Schwierigkeiten für Deutschland, in diese Zukunftstechnik wieder einzusteigen oder nur die

Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke zu verlängern. All das spiegelt sich in unseren ausführlichen und lang diskutierten Anträgen, die ich als energiepolitischer Sprecher im Dezember (Drs. 7/4488) und im Januar-Plenum (Drs. 7/4876) verteidigen durfte. Die AfD-Fraktion glaubt nicht, dass die Kernenergie ein Allheilmittel ist, und schon gar nicht, dass die Wege der Europäischen Kommission uns dazu führen werden, welche zu finden.

Aber die AfD-Fraktion weiß um die Ergebnisse internationaler Forschung und um das Ausmaß der Heuchelei grüner Umweltpolitik, die unser

Brandenburg zupflastert mit umweltschädlichen und bedienungsanfälligen „Masten“. Wir fordern die Förderung der Kerntechnologie daher aus anderen Gründen als die EU. Sichere und bezahlbare Versorgung, realer Umweltschutz, volkswirtschaftliche Vernunft und Souveränität: All das spricht für die Kernkraftwerke neuerer Generation und hier haben wir einen langen Weg vor uns, den wir aber beschreiten wollen – mit Augenmaß und Sachverstand!

*Steffen Kubitzki,
Energiepolitischer Sprecher*



Wieder vollzählig!

Wir freuen uns mit Dr. Daniela Oeynhaus eine neue Abgeordnete in den Reihen der AfD-Fraktion begrüßen zu können. Im Januar des Jahres rückte Frau Oeynhaus als Abgeordnete des Landtags Brandenburg für den verstorbenen Parteikollegen Franz Wiese nach. Sie ist 49 Jahre alt, verheiratet, hat zwei Kinder und wohnt mit ihrer Familie in Birkenwerder im Kreis Oberhavel. Von Beruf ist Frau Oeynhaus Ärztin und arbeitete sowohl in der Patientenversorgung als auch an einer Hochschule. Der rechtswidrige Bruch der No-Bailout-Klausel, der zur Vergemeinschaftung der Schulden im Euroraum führte, machte sie zur AfD-Wählerin, die Migrationskrise 2015 und die daraus folgende illegale Masseneinwanderung in unser Sozialsystem machten sie zum

Parteimitglied. Sie ist im Vorstand des Ortsvereins Birkenwerder aktiv, engagiert sich im Landesfachausschuss für Familie/Demografie sowie im Landesfachausschuss für Gesundheit. Seit 2018 arbeitete sie für Landtags- und Bundestagsabgeordnete der AfD mit Schwerpunkt Migration, Integration und Innere Sicherheit sowie ab 2019 für die AfD-Bundestagsfraktion als Referentin für Gesundheit und Familie. Frau Oeynhaus ist seit 2019 Gemeindevertreterin in Birkenwerder und sachkundige Einwohnerin im Kreistag Oberhavel. Wir wünschen ihr viel Erfolg und Glück im neuen Mandat!

*Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender*

FLÄCHENFRASS UND ZUNEHMENDE ZERSIEDLUNG DER LANDSCHAFT STOPPEN – HEIMAT BRANDENBURG BEWAHREN!

Obwohl sich die Bundesregierung im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2030 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen, Gewerbegebiete und Infrastrukturmaßnahmen deutlich zu verringern, schreitet die Flächenversiegelung weiter voran. Auch in Brandenburg. Betroffen sind vor allem landwirtschaftlich genutzte Flächen im Umfeld der größeren Städte sowie im Speckgürtel von Berlin.

Doch der Flächenfraß macht auch vor den märkischen Wäldern nicht Halt: So kam es in Brandenburg beispielsweise im Zeitraum von 2000 bis 2013 jährlich zu einer Rodung von durchschnittlich etwa 400 Hektar Wald, meist zur Gewinnung von Bauland oder zur Erschließung von Gewerbeflächen. Wir alle haben den besonders drastischen Fall der Tesla-Ansiedlung im märkischen Kiefernwald bei Grünheide vor Augen. Auf den ersten Blick vielleicht wenig Fläche, aber im Laufe der Zeit kommt dann doch einiges zusammen. Wenn wir unsere märkische Landschaft ernsthaft schützen und erhalten wollen, dann muss endlich Schluss sein mit der immer weiter gehenden Bodenversiegelung und der Zerschneidung von Lebensräumen. Wir brauchen endlich konkrete Schritte, um wirksam gegenzusteuern.

Und daher haben wir als AfD-Fraktion Anfang des Jahres einen Antrag zur Änderung des Brandenburger Waldgesetzes (LWaldG) im Plenum des Landtages zur Diskussion gestellt (Drs. 7/4775): Eine Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten (beispielsweise Gewerbegebiete) soll gemäß unserem Antrag zukünftig dann versagt werden können, wenn die Waldumwandlung trotz der damit im Zusammenhang stehenden und gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen zu einer Ausweitung der Flächenversiegelung auf Landesebene beitragen würde. Waldumwandlungsmaßnahmen sollten mit diesem Ansatz zwar nicht generell unmöglich gemacht werden, jedoch unserer Ansicht nach mit der Auflage verbunden werden, im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen auf nicht genutzte, versiegelte Orte wie beispielsweise ehemalige LPG- oder Militäranlagen zurückzugreifen, statt auf landwirtschaftliche Flächen. Im günstigsten Fall käme es auf diese Weise sogar zu einer Reduktion der Bodenversiegelung und damit zu einer positiven Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz.

Selbstverständlich wurde unser Antrag von den Altfraktionen im Brandenburger Landtag abgelehnt. In diesem Fall mit der fadenscheinigen Begründung, er sei unrealistisch und praktisch nicht umsetzbar. Aufgrund der erhöhten Anfor-

derungen an die Planung und die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen wären in diesem Zusammenhang zukünftig noch stärker als zuvor die Kommunen als Träger der Bauleitplanung gefragt, die diese Aufgabe selbstverständlich nicht auf den einzelnen Häuslebauer abwälzen dürfen. Vorausgesetzt, es bestünde der politische Wille, wäre dies durchaus möglich. Eine entscheidende Herausforderung für die Kommunen ist dabei endlich das Geld in die Hand zu nehmen, um im Bedarfsfall mit der eigentlichen Arbeit der Flächenanierung voranzukommen.

Die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden sind auf die Dauer nicht vertretbar und sollten zukünftig möglichst auf null reduziert werden. Wir bleiben dabei: Das Land Brandenburg könnte hierzu einen Beitrag leisten, indem die Umwandlung von Waldflächen versagt würde, wenn diese Umwandlung trotz Ausgleichsmaßnahmen mit einer zunehmenden Bodenversiegelung auf Landesebene verbunden wäre. Der schonende Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ist essenziell, wenn wir unsere märkische Kulturlandschaft als Ausdruck einer Einheit von Mensch und Natur erhalten und konstruktiv weiterentwickeln wollen.

Kathi Muxel, Forstpolitische Sprecherin



BRANDENBURGER HEIMAT BEWAHREN

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg strebt eine Stärkung der Regionen an und plädiert für einen neuen Ansatz regionalbezogener Politik als wesentliches Mittel, um wieder ein annähernd gleichgewichtiges Verhältnis zur Natur herzustellen. Nur eine Orientierung an der Heimat als Mittelpunkt der deutschen Gesellschaft führt zu einer umweltschonenderen Wirtschafts- und Lebensweise!

Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über presse@afd-fraktion.brandenburg.de

SCHULWEGESICHERUNG IN BRANDENBURG? ABSOLUTE FEHLANZEIGE!



Quelle: Adobe Stock / Perip

Im Land Brandenburg haben sich die Wegeunfälle von Schülerinnen und Schülern mit dem Fahrrad seit 2010 nahezu vervierfacht. Das ergibt sich aus der Antwort auf meine parlamentarische Anfrage vom 31. Januar 2022 (Drs. 7/4976). Aus der zunächst unvollständigen Antwort ergaben sich schon erste erschreckende Zahlen. Demnach ereigneten sich im Jahr 2015 insgesamt 697 Fahrradunfälle auf Schulwegen, im Jahr 2020 waren es schon 1.318 Unfälle. Eine Steigerung von rund 90 Prozent, oder anders ausgedrückt, fast eine Verdoppelung.

Aus welchem Grund wurden die Zahlen von 2010 bis 2015 nicht vollständig zur Verfügung gestellt? Nach energischem Nachfragen direkt beim Ministerium wurden unserer Fraktion dann tatsächlich am 18. März doch noch vollständige Zahlen für die Jahre ab 2010 genannt, allerdings nur bis zu einem Alter von 14 Jahren (Drs. 7/5220). Dieses Versteckspiel erschwert natürlich die Vergleichbarkeit, aber schon diese altersbegrenzte Gesamtbilanz aus der Polizeistatistik für den Zeitraum 2010 bis 2020 ist wahrhaftig erschreckend: Innerhalb von zehn Jahren sind Schulwegeunfälle von Kindern mit Fahrrädern von 44 auf 152 pro Jahr gestiegen – eine Zunahme um 345 Prozent!

Gleichzeitig wurde durch die Landesregierung im Haushaltsplan für 2022 massiv Geld gestrichen, die Mittel für die Schulwegesicherung kürzte man um mehr als 66 Prozent – also um zwei Drittel! Für das Jahr 2022 stehen somit im Haushaltstitel mit der Nummer 685 70 nur noch mickrige 10.000 Euro zur Verfügung. Und das für das gesamte Jahr und für ganz Brandenburg! Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg hat die verantwortungslose Reduzierung dieser Gelder

mehrmals deutlich kritisiert und bereits im Dezember 2021 einen Antrag eingebracht mit der Forderung, mindestens 60.000 Euro für das Jahr 2022 zur Schulwegesicherung bereitzustellen (Drs. 7/4671).

Die AfD-Fraktion sieht sich durch die erschreckenden Zahlen aus der Antwort des Ministeriums voll und ganz in ihrer Auffassung bestätigt. Es ist vollkommen unverständlich und absolut unverantwortlich von der Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen, ausgerechnet an der Sicherheit unserer Kinder zu sparen. Die Kritik richtet sich aber ebenso scharf an die anderen Parteien, die unserem Antrag zur Erhöhung der Gelder ebenfalls nicht zugestimmt haben (Die Linke – Ablehnung, Freie Wähler – Enthaltung). Die Förderung von Lastenfahrrädern ist für die anderen Parteien augenscheinlich wesentlich wichtiger als die Sicherheit von Kindern.

Es ist ein Armutszeugnis für diese Landesregierung, in einem Gesamthaushaltsbudget von über zwei Milliarden Euro (2000 Millionen!) gerade einmal 10.000 Euro für sichere Schulwege bereitzustellen. Wir werden in dieser Legislaturperiode weiter eine massive Aufstockung der Gelder fordern und arbeiten aktuell an weiteren Anträgen zur Sicherheit im Radverkehr. Wer, wie die Landesregierung, nichts für die Sicherheit im Radverkehr unserer Schülerinnen und Schüler unternimmt, trägt eine Mitverantwortung für steigende Unfallzahlen in Brandenburg. Unsere Kinder dürfen nicht die Leidtragenden der völlig verfehlten Landespolitik sein.

*Daniel Münschke,
Vorsitzender des Ausschusses für
Infrastruktur und Landesplanung*

AfD | FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

IMPRESSUM

Alternative für Deutschland
Fraktion im Landtag Brandenburg

📍 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
☎ 0331 966 1806
@ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg
📌 t.me/afdfraktionBB
📷 afdfraktionbb
📺 AfD-Fraktion Brandenburg
🐦 AfD_FraktionBB
🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de





Quelle: Archiv

BERICHT AUS DEM SONDERAUSSCHUSS STRUKTURENTWICKLUNG IN DER LAUSITZ

Jeder politisch interessierte Brandenburger sollte sich die Protokolle des Sonderausschusses „Strukturentwicklung in der Lausitz“ genau anschauen. Die Einsetzung dieses Gremiums erfolgte im August 2020. Es hat den Auftrag, den durch den für 2038 geplanten Kohleausstieg notwendigen Strukturwandel in der Kohleregion Lausitz zu begleiten. Spätestens drei Monate vor Ende der aktuellen Legislaturperiode wird der Sonderausschuss dem Landtag einen schriftlichen Endbericht vorlegen. Bis dahin geben vor allem die Protokolle einigen Aufschluss über dort behandelte Themen. Sie sind auf der Seite der Landtagsverwaltung, über die Suchfunktion der „Parlamentsdokumentation“, leicht zu finden.

Die AfD-Fraktion fordert immer wieder, wichtige Themen auf die Tagesordnung zu setzen: die Zukunft von Industriearbeitsplätzen in der Lausitz, den Sachstand des Glasfaser- und Breitbandausbaus oder den Sachstand zur Energieversorgung und Versorgungssicherheit im Strukturwandel. Ziel dieser Beratungsge-

genstände ist die Transparenz für den Bürger. Die Landesregierung kümmert sich jedoch lieber um gleichstellungspolitische Zielsetzungen, die Chancen des Strukturwandels aus Sicht der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Vereinslandschaft, zivilgesellschaftliche Teilhabe und Frauen im Strukturwandel. Hinter dieser Nebelwand verbirgt sich der Offenbarungseid der Landesregierung: Es gibt keine ausreichenden Ansätze, um den Verlust von Tausenden wirtschaftlich wertschöpfenden Arbeitsplätze aufgrund des Kohleausstiegs in der Region zu verhindern oder gar deren Ersatz zu bewerkstelligen.

Bei brisanten Themen im Sonderausschuss, wie beim Antrag der AfD-Fraktion zum Sachstand von bestätigten Projekten in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), wird der ILB das Rederecht durch die Regierungskoalition verweigert. Ebenso wird eine transparente Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen dadurch

verhindert, dass die Regierungskoalition dem Vorsitzenden des sächsischen Ausschusses für Regionalentwicklung, André Barth, zuständig für den Strukturwandel, ebenfalls kein Rederecht einräumt. Des Weiteren sprach die AfD-Fraktion das Thema des grünen Wasserstoffs und die Wasserknappheit in der Kohleregion an. Ähnlich wie bei der Tesla-Ansiedlung hält sich die Landesregierung bedeckt, welche Ressourcen sie konkret dafür nutzen möchte. Dieser Punkt findet übrigens auch keine grundlegende Betrachtung in der „Strategie für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Brandenburg“ vom November 2021. Einzig die AfD-Fraktion ist im Sonderausschuss bemüht, die wahren Fakten auf den Tisch zu bringen und für Transparenz gegenüber dem Bürger zu sorgen (Drs. 7/4174).

Steffen Kubitzki, Daniel Münschke und Marianne Spring-Räumschüssel, ordentliche Mitglieder des Sonderausschusses Lausitz